



Zahl: **LSR/2-44/22-2016**

Bei Antwortschreiben Bezugszahl anführen!

Sachbearb.: W.HR Mag. Dr. Gerhard Jakowitsch

Telefon/DW: (02682) 710-0

E-Mail: office@lsr-bgld.gv.at

Bundesministerium für Bildung und Frauen, Minoritenplatz 5, 1010 Wien -
begutachtung@bmbf.gv.at

Präsidium des Nationalrates
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Eisenstadt, 2. Mai 2016

**Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, das Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 9/2012, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Hochschulgesetz 2005, das Schulpflichtgesetz 1985, das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Bundes-Schulaufsichtsgesetz, das Prüfungstaxengesetz – Schulen/Pädagogische Hochschulen und das Unterrichtspraktikumsgesetz geändert werden (Schulrechtspaket 2016);
Begutachtungs- und Konsultationsverfahren - Stellungnahme**

Der Landesschulrat für Burgenland erlaubt sich, zum Erlass des BMBF vom 06.04.2016, GZ: BMBF-12.660/0002-Präs.10/2016, nachstehende Stellungnahme abzugeben:

Zu den geplanten Änderungen des **Bildungsdokumentationsgesetzes** (§ 3 Abs. 2 Z 7 und 8, § 8 Abs. 5, § 11 Abs. 5 werden seitens des Landesschulrates zeitgemäße rechtliche Rahmenbedingungen gefordert, damit den im § 66 SchUG angeführten Verpflichtungen nachgekommen werden kann.

Um die im § 66 SchUG vorgesehene Beratung der Lehrerinnen und Lehrer und Untersuchung der Schülerinnen und Schüler samt Mitteilung allfälliger gesundheitlicher Mängel leisten zu können, ist nämlich eine personenbezogene Dokumentation unabdingbar. Ein Unterlassen dieser Dokumentation stellt eine Verletzung der im § 51 Ärztegesetz festgelegten Berufspflicht für die Schulärztinnen und Schulärzte dar.

Im Rahmen des Unterrichts, Inklusion und Beschulung chronisch kranker Kinder müssen zur Sicherheit der Schülerinnen und Schüler personenbezogene Daten an der Schule bekannt sein. Dies ist insbesondere bei Erkrankungen, die mit akuten unvorhergesehenen Notfallsituationen einhergehen können, wie zB schwere allergische Reaktionen, Unterzuckerung bei Diabetes mellitus oder epileptischen Anfällen notwendig. Das ist besonders auch im Hinblick auf die Obsorgeverpflichtung der Schule unerlässlich.

Auch im Rahmen von Aufnahms- und Eignungsuntersuchungen und Untersuchungen zur Feststellung der Schulreife oder bei geplanter vorzeitiger Einschulung ist eine standardisierte Untersuchung mit entsprechender nachvollziehbarer Dokumentation notwendig.

Zum **Minderheitenschulwesen** ist anzuführen, dass diese Querschnittsmaterie auch von den Änderungen des vorliegenden Entwurfes betroffen ist.

Artikel 1: Änderung des Schulorganisationsgesetzes

§ 8m:

Im Rahmen des Hochschullehrgangs zur Qualifikation für die Erteilung der Lernhilfe an ganztägigen Schulformen ist die zweisprachige Zusatzqualifikation im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens zu berücksichtigen.

§ 10 Abs. 2 lit a und § 16 Abs. 1 Z 1:

Die neue Wendung „Technisches und textiles Werken“ ist an zweisprachigen Schulen mit deutscher und kroatischer bzw. deutscher und ungarischer Unterrichtssprache ebenso in der jeweiligen Volksgruppensprache zu adaptieren.

§ 13 Abs. 2a:

An Schulen mit ganztägigen Schulformen im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens muss die Zweisprachigkeit gewährleistet sein. Einzusetzen sind Lehrer/innen, Erzieher/innen sowie Freizeitpädagogen/innen, die die jeweilige Sprachkompetenz (kroatisch bzw. ungarisch) / Zusatzqualifikation in der Sprachkompetenz kroatisch bzw. ungarisch aufweisen.

Bildungsanstalt für Elementarpädagogik

§ 78:

An der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik muss die zweisprachige Ausbildung (kroatisch bzw. ungarisch) gewährleistet sein.

Ein zweisprachiger Praxiskindergarten bzw. Praxiskindergartengruppe ist einzugliedern.

In den Lehrplänen der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik ist im Rahmen der Ausbildung zur/zum zweisprachigen Elementarpädagogin/Elementarpädagogen neben den angeführten Pflichtgegenständen eine Ausbildung in der jeweiligen Volksgruppensprache vorzusehen.

§ 79:

Als Sonderform der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik kann ein Lehrgang für die zweisprachige (Deutsch/Volksgruppensprache) Elementarpädagogik geführt werden.

Bildungsanstalt für Sozialpädagogik

Analog zu § 78 und § 79

§ 82 Abs. 2a: Im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens hat die Festlegung eines zweisprachigen Kindergartens oder eines zweisprachigen Hortes als Besuchskindergarten bzw. Besuchshort durch Vereinbarung des Bundes mit dem Erhalter zu erfolgen, sofern die betreffende Bildungseinrichtung nicht vom Bund erhalten wird.

Artikel 4: Änderung des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes

§ 8:

Die Landesgesetzgebung kann darüber hinaus den Besuch einer sprengelfremden Schule ... der sprengelfremde Schulbesuch darf dann nicht von der Zustimmung abhängig gemacht werden, wenn...

Ergänzung: Einem Schulpflichtigen einer sprachlichen Minderheit, wenn die Gemeinde seines Wohnortes einem Volksschulsprengel für diese sprachliche Minderheit nicht angehört.

Für Schüler/innen, die nicht im Pflichtsprengel wohnen und die zum zweisprachigen Unterricht angemeldet werden, kann ein über den Pflichtsprengel hinausgehender Berechtigungssprengel festgelegt werden.

Artikel 5: Leistungsbeurteilung bzw. –information bis einschließlich der 3. Schulstufe

§ 18a:

Im Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes hat bei zweisprachigem Unterricht die schriftliche Semester- und Jahresinformation der Erziehungsberechtigten über die Lern- und Entwicklungssituation der Schüler/innen zweisprachig zu erfolgen.

Klassenbücher

§ 65:

An Schulen im Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes ist das Klassenbuch zweisprachig zu führen.

Artikel 8: Änderung des Hochschulgesetzes 2005

§ 8 (3a):

Im Rahmen des Hochschullehrgangs für Freizeitpädagogik sowie bei Hochschullehrgängen zur Qualifikation für die Erteilung der Lernhilfe an ganztägigen Schulformen ist die zweisprachige Zusatzqualifikation im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens zu berücksichtigen.

Artikel 9: Änderung des Schulpflichtgesetzes 1985

§ 6:

Im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens ist die Zweisprachigkeit bei der Dokumentation des Entwicklungsstandes zu berücksichtigen.

Zu den geplanten Änderungen des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes (§ 11 Abs. 3 und § 24 Abs. 10) wird seitens des Landesschulrates für Burgenland festgestellt, dass dieser Eingriff in bestehende Rechte eine eindeutige Missachtung des Vertrauensschutzes und damit eine Verletzung verfassungsrechtlicher Rechte darstellt.

Für die von dieser Regelung betroffenen Landesbeamten stellt die geplante Novelle des B-SchAufsG einen gravierenden Eingriff in eine geschützte Rechtsposition dar, der sie in ihren rechtlichen Dispositionsmöglichkeiten und in ihrer wirtschaftlichen Substanz einschneidend treffen wird.

Es ist sachlich nicht gerechtfertigt, jene Landesbeamten, die im Vertrauen auf die derzeitige Rechtslage entsprechende Dispositionen getroffen haben, nach einem Zeitraum von 10 Jahren quasi zu „nötigen“, den Dienstgeber zu wechseln und damit auch eine (besoldungsmäßige) Schlechterstellung in Kauf zu nehmen.

Es liegt daher sehr wohl eine „übergebürliche“ Beeinträchtigung der Berufslaufbahn derjenigen Personen vor, die derzeit die Funktion eines Amtsdirektors oder einer Amtsdirektorin des Landesschulrates bekleiden.

Die bestehende Regelung, dass nämlich Landesbedienstete gegen entsprechende Refundierung des vergleichbaren Personalaufwandes die entsprechenden „höchst bedeutenden“ Funktionen ausüben, hat sich bewährt und kann die Notwendigkeit einer geplanten Änderung nicht erkannt werden.

Seitens des Landesschulrates für Burgenland kann daher nur bei künftigen Leiterbestellungen eine Besetzung der Funktion des Amtsdirektor/der Amtsdirektorin mit Bediensteten des Bundes erfolgen.

Abschließend darf daher nochmals darauf hingewiesen werden, dass der vorliegende Gesetzesentwurf (Schulrechtspaket 2016) in den angeführten Bereichen **abgelehnt wird.**

Der Amtsführende Präsident des
Landesschulrates für Burgenland:

Mag. Heinz Josef Zitz

Elektronisch gefertigt

